

**FRANK JUNGBLUTH**

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL [spdpresse@Lt.niedersachsen.de](mailto:spdpresse@Lt.niedersachsen.de)

INTERNET [www.spd-fraktion-niedersachsen.de](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de)  
[www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)  
[www.twitter.com/SPD\\_FraktionNDS](https://www.twitter.com/SPD_FraktionNDS)

16.04.2014

Pressemitteilung Nr. 17-298

## **Pantazis: Tiefes Mitgefühl – Umstände des Todes eines Säuglings schonungslos aufklären – Modellprojekt prüfen**

Der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Christos Pantazis, Sprecher für Migration und Teilhabe, zeigt sich tief erschüttert über die Umstände des Todes des kleinen Joshua, dessen Behandlung in einer Klinik in Hannover abgelehnt worden war: „Ich empfinde tiefes Mitgefühl mit der Mutter des Säuglings und spreche ihr mein Beileid aus.“

Es ist unfassbar, dass dem Kind eine lebensrettende Behandlung verweigert worden ist, nur weil die Mutter, eine Asylbewerberin, keinen Krankenschein vorweisen konnte. Als Arzt kann ich das nicht nachvollziehen. Das widerspricht dem Eid, den man als Mediziner abgelegt hat. Niemand, der in Not und Lebensgefahr ist, darf in einem Krankenhaus in Niedersachsen abgewiesen werden“, macht Dr. Christos Pantazis deutlich. „Dafür gibt es keine Entschuldigung.“

Es sei wichtig, dass der Sachverhalt schnell, umfassend und schonungslos aufgeklärt werde. „So etwas darf sich nicht wiederholen. Jeder Mensch in Not muss behandelt werden. Das ist keine Frage des Krankenscheines oder der Krankenversicherung. Die Stärke einer Gesellschaft zeigt sich immer daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht“, betont Dr. Christos Pantazis.

Politiker der Regierungsfractionen im Niedersächsischen Landtag führen seit sechs Monaten Gespräche darüber, wie die medizinische Versorgung und die Abrechnung medizinischer Leistungen auch für nicht registrierte Flüchtlinge und Obdachlose in Niedersachsen unbürokratischer organisiert werden kann. „Es wird in enger Absprache mit der medizinischen Flüchtlingshilfe in Göttingen an einem Modellprojekt gearbeitet, das Vorbild für ganz Niedersachsen werden könnte“, erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete Pantazis.

Die Politiker der Regierungsfractionen würden in dieser Frage gemeinsam mit dem Innenministerium und dem Sozialministerium an einer Lösung arbeiten, so Pantazis.